

Bildung ist weniger wert – Die Ausgaben entsprechen nicht der Wirtschaftskraft

Ulrich Thöne

Schon vor PISA haben Politikerinnen und Politiker in Deutschland immer wieder die hohe Bedeutung der Bildung betont – sei es als notwendige Bedingung im (ökonomischen) Standortwettbewerb, sei es als Voraussetzung für eine bessere „gesellschaftliche Teilhabe“ und die individuelle Entwicklung der Menschen. Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass im Bildungsbereich einiges im Argen liegt, und sie hat zu teilweise hektischem Aktionismus geführt. Nur mehr Mittel für die Bildung hatte sie nicht zur Folge.

Die Entwicklung der bundesweiten Bildungsausgaben über einen längeren Zeitraum aufzuzeigen ist nicht ganz einfach, da das hierfür zuständige Statistische Bundesamt sich Jahr für Jahr um eine bessere Datengrundlage bemüht. Daher kann die Datenverfügbarkeit zunehmen oder es werden für manche Bereiche bessere Schätzverfahren eingesetzt, sodass die Vergleichbarkeit mit früheren Zeiträumen nicht mehr möglich ist. In der neuesten Veröffentlichung des Amts vom 4. April 2007 (Statistisches Bundesamt 2007a) ist wieder einmal eine umfangreiche Neuerung bei der Datengrundlage vorgenommen worden. Damit liegt nur für die Jahre 2003 bis 2005 Zahlenmaterial vor. Es zeigt allerdings, dass die Gesamtausgaben (also öffentliche und private Ausgaben) des sogenannten Bildungsbudgets von 147,8 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 144 Milliarden Euro in 2005 zurückgegangen sind. Gemessen am in der Zwischenzeit gewachsenen Bruttoinlandsprodukt ging der Anteil von 6,8 auf 6,5 Prozent zurück (ebd., S. 5). Geschuldet ist dies zum größten Teil den drastisch geschrumpften Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Weiterbildung (Odenwald 2007, S. 13). Für die anderen Bildungsbereiche gilt, dass es allenfalls kleine nominelle Anstiege gegeben hat, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) aber auch dort zurückgegangen ist.

Daran wird auch die Exzellenzinitiative nicht viel ändern. Anstatt einer Elitenförderung wäre eine stärkere Förderung aller Studierender und aller Hochschulen angebracht. Die Studienbedingungen haben sich in der letzten Zeit nicht verbessert: 2005 kamen auf eine Lehrperson an den deutschen Hochschulen 15,6 Studierende – das war allein gegenüber 2004 ein Anstieg um 0,4 Studierende. Am meisten von diesem Anstieg war die

Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften betroffen (Statistisches Bundesamt 2007b, S. 20 f.).

Keine Spur von Mehrausgaben

Will man dennoch die langfristige Entwicklung der Bildungsausgaben erfassen, muss man auf die sogenannten „öffentlichen Grundmittel für Bildung“ zurückgreifen, die jährlich im Bildungsfinanzbericht der früheren Bund-Länder-Kommission (BLK) ausgewiesen werden. Von 1995 bis 2004 sind diese Mittel – inflationsbereinigt – sogar um etwas mehr als fünf Prozent zurückgegangen (BLK 2006, S. 36). Von steigenden Ausgaben für Bildung parallel zu einer steigenden Wertschätzung für diese: keine Spur.

Welche Datengrundlage man auch heranzieht – dass der PISA-Schock zu mehr finanziellen Mitteln für die Bildung geführt hätte, ist nicht erkennbar. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass die öffentlichen Ausgaben sogar leicht rückläufig sind.

Es gibt aber einen Bereich, in dem die Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind: die privaten Aufwendungen für Nachhilfe, Lernmittel und dergleichen. Allein von 2003 bis 2005 haben sich diese um acht Prozent auf mittlerweile 5,4 Milliarden Euro (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a, S. 6) erhöht. Wenn der öffentliche Bildungsauftrag unzureichend erfüllt wird, müssen Eltern, Studierende und Schüler verstärkt eigenes Geld beisteuern. Dies passt vielleicht in das von manchen propagierte „moderne“ Weltbild, dass jeder seines Glückes Schmied ist. Aber einmal abgesehen von der Frage, ob Defizite des Bildungsbereiches durch private Nachhilfe ausgeglichen werden können und sollen: Es kann sich längst nicht jeder diese Nachhilfe leisten; zu unterschiedlich sind auch heute noch die materiellen Möglichkeiten. Soziale Benachteiligungen werden so zusätzlich verschärft.

Ein weiterer Bereich, mit dem ein schleichender Rückzug des Staates aus der Bildung illustriert werden kann, betrifft die öffentlichen Ausgaben für Schulbücher. Wurden 1995 bundesweit 283 Millionen Euro aufgewandt, waren es 2007 nur noch 224 Millionen Euro (vgl. VdS-Bildungsmedien 2008). Alleine um die Preissteigerungen bei Büchern aufzufangen, hätten die Ausgaben zunehmen müssen – statt um fast 20 Prozent zu sinken. Auch die steigenden Anforderungen hätten einen weiteren Anstieg erforderlich gemacht. Stattdessen zeigt sich auch hier, dass private Mittel den Rückgang öffentlicher Aufwendungen gezwungenermaßen auffangen müssen.

Die Einführung von Studiengebühren in bislang sieben Bundesländern bedeutet eine stärkere (finanzielle) Belastung der Studierenden. Das bildungspolitische Ziel, eine Studienanfängerquote von 40 Prozent zu erreichen, rückt damit in noch weitere Ferne. 2003 war hier der bisherige Höchststand mit 39 Prozent erreicht. Seitdem ist dieser Wert jedes Jahr gesunken und betrug 2006 nur noch 36 Prozent (Isserstedt u.a. 2007, S. 86). Fest steht: Die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland entsprechen nicht den Lippenbekenntnissen der Politiker. Im Gegenteil werden immer mehr private Ausgaben erwartet bzw. gefordert.

Wie sieht es in anderen Ländern aus? Wie hoch ist dort die Wertschätzung von Bildung? Die neuesten international vergleichbaren Zahlen stammen aus dem Jahr 2004 (vgl. OECD 2007, S. 230). Demnach betrug in Deutschland der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an der Wirtschaftsleistung 4,6 Prozent. Im Durchschnitt wandten die Industrieländer der OECD 5,4 Prozent des BIP für Bildung auf. Wollte Deutschland nur den OECD-Durchschnittswert erreichen, müssten die öffentlichen Bildungsausgaben um etwa 18 Milliarden Euro jährlich steigen – und um auf Platz drei zu kommen, müssten sie sogar um rund 68 Milliarden Euro und damit um mehr als die Hälfte anwachsen. Wenn andere Länder der Bildung eine so hohe Wertschätzung zukommen lassen – warum geht das nicht auch in Deutschland?

Sonntagsreden hören wir viele, mehr Geld für die Bildung wird immer wieder versprochen. Doch wie man es dreht und wendet: Die gesamten Ausgaben halten der Entwicklung der Wirtschaftskraft nicht stand. Offensichtlich ist Bildung der Politik weniger wert als früher.

Deutschland fällt – auch im internationalen Vergleich gemessen – zurück. Die genannten Defizite werden sowohl aufgrund struktureller Mängel – vor allem wegen des lernfeindlichen Auslesesystems eines mehrgliedrigen Schulsystems – und der deutlichen Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems verursacht. Marode und gesundheitsschädigende Gebäude, große Lerngruppen, mangelnde Fortbildung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, um nur einige Schlaglichter zu nennen: All dies passt nicht in ein zukunftsfähiges Bildungssystem, das moderne Lernbedingungen mit professionellen Arbeitsbedingungen verbindet.

Die GEW fordert, dass aufgrund des notwendigen Nachholbedarfs 6–7 Prozent des BIP in das Bildungssystem investiert werden. Damit orientiert sich die GEW auch an der Empfehlung der UNESCO (1997): „Höhere Bildungsausgaben sollten überall als notwendig erachtet werden, da es

sich um lebenswichtige Zukunftsinvestitionen handelt. (...) Als Faustregel sollten nicht weniger als 6 Prozent des Bruttonationalprodukts der Länder, die bis jetzt diesen Anteil noch nicht erreicht haben, in den Bildungsbe- reich fließen.“

Literatur

- Bund-Länder-Kommission – BLK (2006):** Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung. <http://www.blk-bonn.de/papers/Heft137-II.pdf> (15.12.2007).
- Isserstedt, Wolfgang/Middendorff, Elke/Fabian, Gregor/Wolters, André (2007):** Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Bonn, Berlin.
- Odenwald, Stephanie (2007):** Prekäre Arbeit im Weiterbildungsbereich. In: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Nell-Breuning-Hauses (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Menschenwürde, Vollprekär – total normal? Die Arbeitsrealitäten wahrnehmen, Aachen, S. 61–73.
- Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD (2007):** Bildung auf einen Blick. Bielefeld.
- Statistisches Bundesamt (2007a):** Im Fokus. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2004/2005. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/Content75/AusgabenBudget__Pdf,property=file.pdf (15.12.2007).
- Statistisches Bundesamt (2007b):** Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2007. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/HochschulenAufEinenBlick2007__Pdf,property=file.pdf (12.3.2008).
- VdS Bildungsmedien (2008):** Öffentliche Schulbuchausgaben ab 1991 bis 2007: <http://www.vds-bildungsmedien.de/publikationen/downloads/markt-lernmittelfreiheit/schulbuchausgaben1991-2007.pdf> (12.3.2008).